

Aussendepartement setzt sich zur Wehr

Sie habe sich nicht von einer israelischen Lobby instrumentalisieren lassen, sagt die Behörde

TOBIAS GAFAFER

Es sind grobe Vorwürfe an die Adresse des Aussendepartements (EDA) von Bundesrat Ignazio Cassis. Dieses habe sich mutmasslich von einer israelischen Lobbyorganisation beeinflussen lassen, als es im Oktober die Zahlungen an elf Nichtregierungsorganisation (NGO) sistierte. Dies schreiben Alliance Sud, die Lobbyorganisation der Schweizer Hilfswerke, und mehrere NGO in einem offenen Brief an die Regierung. Zudem kritisieren sie, die öffentliche Nennung der betroffenen Organisationen komme einer Rufschädigung und Vorverurteilung gleich.

In einem Brief an Alliance Sud und die NGO setzt sich das Aussendepartement nun zur Wehr. Das vom Kommunikationschef Nicolas Bideau unterzeichnete Schreiben von Ende November liegt der NZZ vor. Das EDA weist den Vorwurf, seine Vertreter hätten sich als «willfähige Instrumente» einer NGO in irgendeiner Form beeinflussen lassen, als haltlos zurück.

Spezielle Rolle der Deza

Die NGO beziehen sich in ihrem offenen Brief auf ein Treffen, über das das Westschweizer Fernsehen RTS berichtet hatte. Maya Tissafi, die Chefin der Nahost-Task-Force des EDA, und Simon Geissbühler, der Leiter der Abteilung Frieden und Menschenrechte (AFM), nahmen im September an einem Anlass teil, zu dem die parlamentarische Freundschaftsgruppe Schweiz-Israel eingeladen hatte. Diese hatte auch einen Vertreter der israelischen Organisation NGO Monitor eingeladen, die sich gegen die Finanzierung von angeblich antisemitischen Organisationen durch die Schweiz und andere Länder einsetzt.

Das Aussendepartement spielt die Teilnahme als Routineangelegenheit herunter. Hohe Kader hätten die Aufgabe, Kontakte zu pflegen und an solchen Austauschen die aussenpolitische Strategie zu erklären, heisst es im Brief. Beim Anlass hätten weder Parlamentarier noch NGO Monitor Forderungen gestellt. Tissafi und Geissbühler seien erfahrene und loyale Mitarbeitende, die die Interessen des Departements mit hoher Integrität und Professionalität vertreten.

Das EDA verweist darauf, dass der Anlass der parlamentarischen Freundschaftsgruppe drei Wochen vor den Terroranschlägen der Hamas stattgefunden habe. «Eine Beeinflussung der anwe-



Nach dem Angriff der Hamas auf Israel (im Bild Aufnahmen von entführten israelischen Bürgern) sistierte das EDA die Zahlungen an Nichtregierungsorganisation im Nahen Osten.

LEON NEAL / GETTY

senden EDA-Mitarbeitenden ist schon aus dieser chronologischen Gegebenheit haltlos.»

Im Brief legt das Aussendepartement zudem offen, dass am Treffen auch Andrea Studer, die Vizedirektorin der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza), teilnahm. Studer ist weder im Bericht von RTS noch im offenen Brief der NGO erwähnt. Das EDA schreibt, die Deza und die Abteilung AFM seien beauftragt worden, zunächst nur die Kommunikation von drei Organisationen nach dem 7. Oktober zu überprüfen.

Die Deza, die lange als eher Palästinenser-freundlich galt, spielte eine spezielle Rolle. Sie hat offensichtlich in Eigenregie acht weitere NGO einer Prüfung unterzogen. Sie tat es im Bestreben, ausgewogen zu handeln: Vier waren palästinensisch, vier waren israelisch.

Die Verträge verlängert das Aussendepartement jedoch nur mit drei palästinensischen NGO nicht. Deren Kommunikation entspreche nicht dem, was das EDA von einem Partner erwarte, der

sich für Frieden, Dialog und friedliche Koexistenz einsetze, schreibt es im Brief.

Eine der drei Organisationen ist das palästinensische Netzwerk al-Shabaka. Den Ausschlag gaben fragwürdige Stellungnahmen. Sie lehne die kolonialen Grenzen des israelischen Regimes ab, die letztlich darauf abzielten, die palästinensische Existenz auszulöschen, hatte die Organisation kurz nach dem Angriff der Hamas auf der Plattform X geschrieben.

Verhaltenskodex einhalten

Mit den acht anderen NGO setzt das EDA die Zusammenarbeit fort. Dennoch verteidigt es die Überprüfung und die Sistierung der Zahlungen. Der Bund müsse sicherstellen, dass Steuer-gelder korrekt, ziel- und wirkungsorientiert eingesetzt würden. Die Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen werde regelmässig überprüft. Diese verpflichteten sich, den Verhaltenskodex des EDA für Vertragspartner einzuhalten. Nach den Terrorangriffen der

Hamas hätten die Verpflichtungen eine besondere Bedeutung erhalten.

Für die acht NGO, die den Kodex nicht verletzt haben, bleibt trotz den brieflichen Klarstellungen ein schaler Nachgeschmack. Das EDA nannte ihre Namen, bevor die Untersuchung abgeschlossen war. «Das Problem ist die Vorverurteilung», sagt Andreas Missbach, der Geschäftsführer von Alliance Sud. An den Organisationen, mit dem das EDA weiterhin zusammenarbeite, bleibe ebenfalls etwas haften. Bei kleineren Schweizer NGO, die Organisationen im Nahen Osten unterstützten, seien Geldgeber abgesprungen.

Missbach kritisiert, die Information durch das EDA sei ungenügend gewesen. Dem Aussendepartement sei es wichtiger gewesen, auf gefühltem oder realem Druck ein Zeichen zu setzen, statt die Sache mit den Betroffenen anzusehen. Alliance Sud fordert nun, dass der Bund klärt, ob betroffene Organisationen einen Schaden erlitten hätten. Wenn ja, wäre eine Entschädigung angebracht.

Matthias Müller nimmt die nächste Stufe

Der 31-Jährige gibt das Präsidium der Jungfreisinnigen Schweiz ab

CHRISTINA NEUHAUS

Die FDP hat eine Zukunft, und die heisst Matthias Müller. Am 21. November wurde der 31-Jährige zum Vizepräsidenten der FDP Zürich gewählt. Er übernimmt die verunsicherte Partei gemeinsam mit Stadtrat Filippo Leutenegger und der Kantonsrätin Raffaella Fehr. Das Trio setzte sich gegen ein Duo durch, das ausmisten wollte, und zwar gründlich: inhaltlich, strukturell und personell.

Der Ton der drei, die den Zürcher Freisinn nun übernommen haben, ist positiver. Ja, es habe Scherben gegeben, aber die liessen sich wieder zusammenfügen, sagte Leutenegger, und Müller fügte an: «Wir sind die einzige Partei, die für die Freiheit und das Eigentum der Menschen einsteht.»

Vertrauen verpflichtet

Die Kandidatur hatte viel Mut gebraucht. Die offizielle Bewerbungsfrist war schon lange abgelaufen, als sich Leutenegger, Müller und Fehr doch noch meldeten. Doch die Aktion lohnte sich. Das Resultat fiel klar aus: 171 von knapp 240 Delegierten trauten dem Trio zu, den altherwürdigen Zürcher Freisinn zu retten.

Dieses Vertrauen verpflichtet, und deshalb hat sich Matthias Müller dazu entschlossen, das Präsidium der Jungfreisinnigen Schweiz auf nächstes Frühjahr abzugeben. Dies, zumal er auch gute Aussichten hat, irgendwann in den Nationalrat nachzurutschen. Doch bevor er geht, wird er alles daransetzen, die Renteninitiative der Jungfreisinnigen so gut wie möglich zu verkaufen.

Leicht wird das nicht. Das Begehren hat an der Urne keine Chance. Es verlangt, dass das Rentenalter an die durch-



Matthias Müller
Bisheriger Präsident
der Jungfreisinnigen

schnittliche Lebenserwartung gekoppelt wird. Es geht also um eine Erhöhung des Rentenalters, eine Aufgabe, an der gestandene Freisinnige wie Pascal Couche-pin und Franz Steinegger gescheitert sind. Abgestimmt wird am 3. März 2024 – gleichzeitig mit der Initiative für eine 13. AHV des Gewerkschaftsbundes. Laut den jüngsten Befragungen geniesst dieses Volksbegehren Sympathien bis tief ins bürgerliche Lager hinein.

Er jammert nie

Doch Müller wäre nicht Müller, wenn er nicht bis zum Abstimmungs-sonntag kämpfen und dann die Jungpartei in tadellosem Zustand übergeben würde. In seiner vierjährigen Präsidialzeit kamen nicht nur drei zusätzliche Kantonssektionen und rund 1000 Neumitglieder dazu. Dank guten Kontakten zu Privaten, Firmen und Verbänden sind die Jungfreisinnigen auch finanziell unabhängig.

Unter Müller gelang es, die Jungfreisinnigen als Initiativ- und Referendums-kraft zu etablieren. Nebenbei wirkte er während der vergangenen vier Jahre an zahlreichen anderen politischen Projekten mit. Matthias Müller ist Co-Präsident der SRG-Initiative «200 Franken sind genug» und unterstützt als Mitglied des Komitees die Initiative der FDP-Frauen zur Einführung der Individualbesteuerung.

Christoph Blocher hat sich kürzlich über die weit verbreitete Wehleidigkeit bei bürgerlichen Politikern beklagt. An Matthias Müller dürfte er seine helle Freude haben. Müller jammert nie. In seinem Fitnessklub steuert er nach einer Runde auf dem Ergometer auf die schwersten Hanteln zu. Er hält es im Leben wie im Sport mit Muhammad Ali: «I only start counting when it starts hurting.»

Im Streit um Patienten siegt Zürich gegen Aargau

Ein kleines Rehaszentrum in Bad Zurzach darf nicht über die Spitalliste abrechnen

SIMON HEHLI

Die kleine Institution «Rückenwind plus» im aargauischen Bad Zurzach füllt eine Lücke im Gesundheitssystem: jene zwischen Spital und Pflegeheim. Die 24 Zimmer stehen parat für Menschen mit Lähmungen, die nach einem Spitalaufenthalt für einige Wochen auf mehr Pflege angewiesen sind, als sie in einem normalen Heim bekommen könnten – die aber nicht gleich das umfassende medizinische Angebot eines Paraplegikerzentrums benötigen.

Das kostet pro Tag und Patient rund 1000 Franken und ist damit deutlich günstiger als ein Tag im Paraplegikerzentrum, der mit 1600 Franken zu Buche schlägt. Die Tarife für ein normales Pflegeheim von maximal 300 Franken reichen allerdings für «Rückenwind plus» nirgends hin. Also wollte sich der Kanton Aargau, der das Angebot für wertvoll hält, mit einem Trick behelfen: Er setzte die Institution im Frühling 2022 auf die kantonale Spitalliste, was eine grosszügige Finanzierung durch Kanton und Krankenkasse analog zu einer Rehaklinik ermöglicht hätte. Doch der Plan ist nicht aufgegangen.

Denn der Kanton Zürich schaltete sich ein: Die Gesundheitsdirektorin und frühere SVP-Nationalrätin Natalie Rickli erhob beim Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen Einsprache gegen den Entscheid ihres Aargauer Amts- und Parteikollegen Jean-Pierre Gallati. Und hat nun Recht erhalten, wie das Aargauer Gesundheitsdepartement am Donnerstag kommunizierte: Das Gericht kam zum Schluss, dass bei den Leistungen von «Rückenwind plus» nicht von «(überwiegend) akutsomatischen Spitalleistungen ausgegangen» werden könne. Die Erteilung des Leistungsauftrags auf der Spitalliste sei deshalb aufzuheben.

4000 versus 24 Betten

Die jetzt triumphierenden Zürcher störten sich am Umstand, dass die kleine Institution in unmittelbarer Nähe zum eigenen Kanton ein Angebot schafft, das auch gelähmte Zürcher Patientinnen und Patienten nutzen könnten – und das die Zürcher hätten mitfinanzieren müssen, wenn «Rückenwind plus» auf der Aargauer Spitalliste geblieben wäre. «Dies, obwohl der entsprechende Bedarf und die Finanzierung im Kanton Zürich be-

reits über die Pflegeheime respektive die Pflegeheimfinanzierung abgedeckt sind», schrieb Ricklis Direktion an die Richter.

Zürich ging es also explizit darum, keine Patienten an auswärtige Institutionen zu verlieren. Er verstehe den Widerstand nicht, sagte der Gründer der Institution, Peter Lude, letztes Jahr in der NZZ. «Zürich hat über 4000 Spitalbetten, da sind wir mit unseren 24 Betten doch keine Konkurrenz.»

Doch die juristische Auseinandersetzung in diesem Fall ist vor dem Hintergrund eines grösseren politischen Streits um die Spitalplanung zu sehen: Insbesondere bei den Rehakliniken herrscht ein Wettbewerb um die lukrativen Patienten, bei dem sich die Kantone nichts schenken. So gingen die Thurgauer schon mehrfach gerichtlich gegen die Zürcher Pläne vor, das Angebot in der Rehabilitation auszubauen. Die Ostschweizer fürchten leere Betten in ihren Kliniken und damit rote Zahlen, wenn die Zürcher Patienten nicht mehr kommen.

Es gehe nicht darum, dem Thurgau etwas wegzunehmen, betonte allerdings die Gesundheitsdirektorin Rickli. Mit den Ausbauplänen wolle Zürich lediglich den Mehrbedarf abdecken, den die

Behörden für die kommenden Jahre prognostizieren. Weil die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer bald ins hohe Alter kommen, wird es mehr Patienten mit chronischen Erkrankungen geben – und damit auch einen grösseren Bedarf an Rehabilitationsplätzen.

Vorerst gerettet

Mit «Rückenwind plus» steht nun in diesem politischen Ringen eine Institution als Verliererin da, die auch der Paraplegie-medizin-Pionier Guido A. Zäch als «sinnvoll und absolut notwendig» bezeichnet hat. Der Gründer Lude sagte letztes Jahr, ohne Platz auf der Aargauer Spitalliste sei seine Institution in ihrer Existenz gefährdet. Doch vorerst ist sie gerettet.

Denn für das Jahr 2024 ist die Finanzierung des Betriebs gesichert, wie Lude in einem Communiqué mitteilt: Die von Zäch gegründete Schweizer Paraplegiker-Stiftung übernimmt die ungedeckten Pflegekosten vorübergehend. Hinzu kommen Spendengelder. Lude und die Gesundheitsdirektion kündigen an, dass sie «weitere Möglichkeiten, der ungelösten Versorgungsproblematik zu begegnen», in nächster Zeit prüfen wollen.